

05.05.2009

## **ERFURT: Landesprogramm vorgestellt**

Linkspartei und SPD haben am Dienstag in Erfurt den Entwurf für ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus vorgestellt. Über das 54-seitige Papier soll am Freitag im Parlament beraten werden. Beide Oppositionsfraktionen hoffen, dass auch die CDU sich an diesem Programm beteiligen wird. Ziel sei, zum Ende der Legislaturperiode noch einmal eine gemeinsame Erklärung gegen Rechtsextremismus zu verabschieden, sagte SPD-Landeschef Christoph Matschie.

Linkspartei und SPD sprachen sich noch einmal für ein Verbot der NPD aus.

Es reiche nicht, ständig nur zu sagen, wir tun etwas, wie es die Landesregierung und die CDU machen. Um wirksam gegen Rechtsextremismus vorgehen zu können, ist es erforderlich, die einzelnen Initiativen zu vernetzen und auf Landesebene auch zu unterstützen, sagte Linksparteivize Birgit Klaubert. Beide Fraktionen hoffen, dass das Programm noch vor dem Ende der Legislaturperiode vom Parlament unter Zustimmung der CDU verabschiedet werden kann.

Dann hätten wir eine gute Grundlage, um nach der Wahl mit der Arbeit zu beginnen, betonten die beiden Politiker. SPD-Innenexperte Heiko Gentzel rechnet damit, dass bis Mitte des nächsten Jahres die neuen Strukturen aufgebaut sein könnten. Nach dem Vorbild von Mecklenburg-Vorpommern sollen vier bis fünf "Regionalzentren für Demokratie" im Land mit jeweils drei bis vier Mitarbeitern aufgebaut werden, um die Arbeit zu koordinieren und anzuleiten. Die derzeitige Landesstelle für Gewaltprävention sei dann nicht mehr nötig, so Gentzel.

Einer der Hauptschwerpunkte sei die Bildungsarbeit. Kinder und Jugendliche müssten im Kindergarten, in der Schule und bei der Berufsausbildung Toleranz und demokratische Verhaltensweisen erleben und so verinnerlichen, sagte Sabine Berninger von der Linkspartei. Das Programm gliedere sich mit Prävention, Intervention und Repression in drei Schwerpunkte. Es gehe dabei nicht allein um die Aktivitäten der NPD, sondern um das gesamte rechtsextreme Spektrum, erklärte sie.

Thüringen / Rechtsextremismus